

Vorbereitung Schlussprüfung

**Wissensfragen zum Lernbereich Gesellschaft
3- und 4-jährige berufliche Grundbildungen**

*Gewerblich-Industrielle Berufsfachschule Olten
Gewerblich-Industrielle Berufsfachschule Solothurn
Gewerblich-Industrielle Berufsfachschule Grenchen
Berufsbildungszentrum Gesundheit und Soziales Olten
Zeitzentrum Grenchen
Informatikschule Olten*

Liebe Lernende

Die ABU-Schlussprüfung im Lernbereich Gesellschaft wird aus ca. 40% Wissensfragen bestehen. Es können Fragen aus allen Unterrichtsthemen geprüft werden. Die an der Prüfung gestellten Wissensfragen sind nur inhaltlich identisch mit den Aufgaben dieses Dossiers, d.h. eine unterschiedliche Reihenfolge innerhalb eines Frageblocks ist möglich.

Der Rest der Prüfung besteht aus Problemlösungsaufgaben zu ausgewählten Vertiefungsthemen.

Typische Problemlösungsaufgaben sind:

- *Beurteilen von rechtlichen Fragen (an der Prüfung erlaubtes Hilfsmittel: Gesetzestexte)*
- *eine eigene Meinung /Beurteilung abgeben und diese mit Fakten begründen*
- *Wissen auf aktuelle politische und gesellschaftliche Ereignisse anwenden*

Die Vertiefungsthemen werden Ihnen in der Woche vor den Frühlingsferien bekannt gegeben.

Zu beachten:

*Die Aufgaben, die mit

4

 gekennzeichnet sind, richten sich nur an die Lernenden der vierjährigen Grundbildungen.*

Wir wünschen Ihnen einen guten Schlusspurt und viel Erfolg.

Lehrpersonen ABU Kanton Solothurn

Inhaltsverzeichnis

Unterrichtsthema 1: Einstieg ins Berufsleben	4
Rechtsordnung / Rechtsgrundlagen	4
Unterrichtsthema 2: Konsum und Geld	6
Lohnabrechnung	6
Budget und Kassabuch	6
Geldinstitute	6
Zahlungsverkehr	7
Kaufvertragsarten	9
Konsumkredit und Leasing	9
Kaufrecht	10
Unterrichtsthema 3: Freizeit – Sicherheit - Risiko	13
Der Verein	13
Risikoverhalten / Suchtmittel	13
Versicherungen	14
Unterrichtsthema 4: Mensch und Wirtschaft	18
Wirtschaftskreislauf	18
Der erweiterte Wirtschaftskreislauf	19
Markt und Preisbildung	20
Umwelt, Ressourcen und nachhaltige Entwicklung	21
Das Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft	22
Unterrichtsthema 5: Staat und Politik	24
Staatsgewalten und Gewaltentrennung	24
Abstimmen und wählen	25
Steuern	28
Unterrichtsthema 6: Globale Herausforderungen	31
Europäische Union und Europäische Integration	31
Internationale Organisationen	32
Globalisierung	33
Auswirkungen der Globalisierung	33
Unterrichtsthema 7: Partnerschaft und Gesellschaft	35
Zusammenleben in Konkubinats- und Ehe	35
Scheidungsrecht	36
Erbrecht	36
Migration	37
Unterrichtsthema 8: Berufliche Zukunft planen	38
Lebenslanges Lernen und Weiterbildung	38
Wichtige rechtliche Formen von Arbeitsverhältnissen	38
Rechte und Pflichten nach Einzelarbeitsvertrag (OR)	39
Bedeutung und Funktion der Sozialwerke	41
Unterrichtsthema 9: Selbstständig Leben	42
Finanzielle Möglichkeiten und Wohnformen	42
Wesentliche Grundlagen des Mietrechts	42
Privathaftpflicht- und Hausratversicherung	44

Unterrichtsthema 1: Einstieg ins Berufsleben

Rechtsordnung / Rechtsgrundlagen

1. **Unser Zusammenleben in der Schweiz wird von verschiedenen Normensystemen bestimmt, beeinflusst oder geregelt. Ordnen Sie die nachfolgenden Aussagen den entsprechenden Normensystemen korrekt zu:**

	Moral	Sitte	Recht
a. Dieses Normensystem ist allgemeingültig und schriftlich fixiert.			
b. Ich folge einer eigenen Überzeugung, was in einer bestimmten Situation richtig ist und was nicht.			
c. Es gibt gesellschaftliche Umgangsformen, die nicht schriftlich geregelt sind, an die „man sich aber einfach hält“.			
d. Hunde zu essen ist in unseren Breitengraden nicht üblich.			
e. „Jeder Schwangerschaftsabbruch ist Mord“.			
f. Diebstahl ist ein Vermögensdelikt.			

2. **Geschriebenes Recht ist für alle verbindlich:
Nennen Sie drei Rechtsgrundsätze der schweizerischen Rechtsordnung!**

3. **Ordnen Sie die Begriffe „Verordnung“, „Verfassung“, „Gesetz“ hierarchisch!**

4. **Wer ist gemäss Gesetz rechtsfähig?**

5. **Wer ist urteilsfähig?**

6. **Welches sind die Voraussetzungen der Handlungsfähigkeit?**

7. **Wie kommt ein Vertrag zustande?**

8. **Wer darf einen Vertrag abschliessen?**

9. **Verträge sind grundsätzlich einzuhalten. Es gibt aber auch nichtige Verträge. Diese Verträge werden so behandelt, als ob sie nicht existieren würden. Nennen Sie die drei Nichtigkeitsgründe:**

10. **Welche der folgenden Nennungen sind juristische Personen? Unterstreichen Sie.**

Staatsanwalt

Stiftung

Gerichtsschreiber

Verein

Genossenschaft

Jurist

Aktiengesellschaft

Gemeindepräsident

Unterrichtsthema 2: Konsum und Geld

Lohnabrechnung

11. Nennen Sie zwei Lohnabzüge, welche dem Bruttolohn von über 18-jährigen Arbeitnehmenden immer abgezogen werden:

Budget und Kassabuch

12. Ein Budget setzt sich aus Fixkosten und variablen Kosten zusammen. Nennen Sie je zwei Beispiele für

Fixkosten:

Variable Kosten:

13. Setzen Sie die korrekten Begriffe ein:

Im Kassabuch werden _____ und _____ in chronologischer Reihenfolge in zwei separaten Spalten ausgewiesen, um eine Übersicht über die Finanzen zu haben.

Geldinstitute

14. Was bedeutet Passiv- und Aktivgeschäft bei einer Geschäftsbank und wie erzielt sie damit einen Gewinn?

15. Die Dienstleistungsgeschäfte sind weitere Tätigkeiten der Geschäftsbanken. Schreiben Sie zwei konkrete Dienstleistungsgeschäfte auf.

16. **Notieren Sie die Hauptaufgabe der Schweizer Nationalbank (SNB).**

Zahlungsverkehr

17. **Beschreiben Sie je zwei Merkmale der folgenden Zahlungsarten!**

Zahlungsart	Beschreibung
E-Banking	
Kreditkarte	
Debitkarte	
Twint	

18. **Wenn die Bank beauftragt wird, regelmässig einen festen Betrag an den gleichen Empfänger zu überweisen, spricht man von einem**

19. **Wenn ich mit der Bank vereinbare, dass Rechnungen von bestimmten Unternehmen an die Bank geschickt und von ihr direkt beglichen werden, spricht man von einem**

20. **Aussagen zu Kredit-/Debitkarten**

	r	f
a. Beim Bezahlen mit der Kreditkarte wird mein Konto sofort belastet.	O	O
b. Beim Bezahlen mit der Debitkarte wird mein Konto sofort belastet.	O	O
c. Mit einer Debitkarte kann ich unbeschränkt Geld von meinem Konto beziehen.	O	O
d. Kreditkarten bergen die Gefahr des Missbrauchs bei Verlust.	O	O

21. Nennen Sie je einen Vorteil und einen Nachteil von Debitkarten:

Vorteil:

Nachteil:

22. Nennen Sie je einen Vorteil und einen Nachteil von Kreditkarten:

Vorteil:

Nachteil:

23. Aussagen zu Bankkonten:

	r	f
a. Auf Sparkonten richtet die Bank einen leicht höheren Zins aus als auf Lohnkonten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Auf Sparkonten hat man einen über Jahre garantierten Zins.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Zinserträge der Sparkonten müssen nicht versteuert werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Ein Sparkonto gilt als sichere Geldanlage; bei einem Konkurs der Bank sind Beträge bis 100'000.- pro Kunde/Kundin vor Verlust geschützt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

24. Aussagen zur Betreibung

	r	f
a. „Betreibung“ bezeichnet das Eintreiben von Geldschulden durch den Staat.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Mit dem Rechtsvorschlag macht der Schuldner dem Gläubiger einen Abzahlungs-vorschlag für die Schuld.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Der erste Schritt im Betreibungsverfahren ist ein Gerichtsentscheid.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Die Betreibung auf Pfändung wird auf einzelne, natürliche Personen angewendet.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Bei einer Pfändung dürfen nur die sogenannten Kompetenzstücke mitgenommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Der Lohn kann bis aufs Existenzminimum gepfändet werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g. Wer betrieben wird, wird ins Betreibungsregister eingetragen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Kaufvertragsarten

25. Ordnen Sie folgende Vertragsarten den entsprechenden Merkmalen zu.

<p>1. <i>Gewöhnlicher Kreditkauf</i> _____</p> <p>2. <i>Konsumkredit</i> _____</p> <p>3. <i>Barkauf</i> _____</p> <p>4. <i>Leasing</i> _____</p>	<p>a. Sie kaufen ein Motorrad und bezahlen direkt bei der Übergabe.</p> <p>b. Sie kaufen ein Fahrrad und zahlen gegen Rechnung mit Einzahlungsschein innert 30 Tagen.</p> <p>c. Sie benützen ein Auto, für das Sie eine monatliche Rate bezahlen. Bei Vertragsablauf geben Sie das Auto zurück.</p> <p>d. Sie nehmen bei der Bank Geld auf und finanzieren sich damit Ihre Weiterbildung.</p>
--	---

26. Kaufverträge, die in der Wohnung, am Arbeitsplatz, bei Werbeveranstaltungen u.Ä. abgeschlossen werden, unterliegen besonderen Bedingungen. Welche Aussagen zu diesem sogenannten Haustürkauf treffen zu?

	r	f
a. Gegenstände, die an einer Werbefahrt gekauft werden, können nur zurückgegeben werden, wenn das im Vertrag ausdrücklich erwähnt wurde.	O	O
b. Die Rücktrittsfrist beträgt 14 Tage	O	O
c. Ein Rücktrittsrecht besteht auch dann, wenn der Gegenstand weniger als CHF 100.- gekostet hat.	O	O
d. Ein Versicherungsvertrag, der in der Wohnung abgeschlossen wird, fällt nicht unter die rechtlichen Bestimmungen des Haustürkaufs.	O	O

27. Aussagen zu Widerrufsfristen bei Verträgen

	r	f
a. Verträge sind einzuhalten und können in der Regel nicht widerrufen werden.	O	O
b. Ein Haustürkauf kann nur innert 3 Tagen widerrufen werden.	O	O
c. Ein Kaufvertrag kann grundsätzlich nicht widerrufen werden.	O	O
d. Konsumkreditverträge können innert 14 Tagen widerrufen werden.	O	O

Konsumkredit und Leasing

28. Entscheiden Sie, ob die Aussagen zum Konsumkredit richtig sind!

	r	f
a. Die rechtlichen Bestimmungen zu Konsumkrediten sind im Obligationenrecht nachzulesen.	O	O
b. Der Zins für einen Konsumkredit darf max. 20 % betragen.	O	O
c. Um einer Verschuldung zu entgehen, ist es ratsam, für geschuldete Steuern einen Konsumkredit aufzunehmen.	O	O
d. Unter Konsumkredit versteht man einen Barkredit für den privaten Konsum zwischen 500.- bis max. 80'000.- mit genau definierte Rückzahlungsbedingungen.	O	O

29. Entscheiden Sie, ob die Aussagen zum Auto-Leasing richtig sind!

	r	f
a. Leasing ist eine Form von Konsumkredit.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Der Leasingvertrag ist formlos gültig.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Bei einer vorzeitigen Auflösung des Leasingvertrages muss der Leasingnehmer mit Nachzahlungen rechnen (Neuberechnung der Leasingrate).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Leasing ist eine günstige Form zur Finanzierung eines Privatautos.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

30. Bei Abschluss eines Leasing können Sie innert einer gewissen Frist vom Vertrag zurücktreten.

a. Wie lange dauert diese Frist?

b. In welcher Form müssen Sie dem Verkäufer den Rücktritt bekanntgeben?

31. Nennen Sie ein Argument, das für einen Leasingvertrag spricht.

32. Nennen Sie ein Argument, das gegen einen Leasingvertrag spricht.

Kaufrecht

33. Wo finden Sie die gesetzlichen Bestimmungen über Kaufverträge?

	r	f
a. Im Obligationenrecht (OR)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Im Zivilgesetzbuch (ZGB)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Im Handelsregister	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

34. Wann geht beim gewöhnlichen Kreditkauf das Eigentum an der Ware auf den Käufer über?

	r	f
a. Sobald der Käufer sich im Besitz der Ware befindet (bei Übergabe).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Sobald der Käufer die Rechnung bezahlt hat.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

35. Was gilt für die Verbindlichkeit von Offerten?

	r	f
a. Die Nichtbeantwortung einer schriftlichen Offerte gilt als Annahme.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die Nichtbeantwortung einer schriftlichen Offerte gilt als Ablehnung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Ein mündliches Angebot gilt 24 Std.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Ein mündliches Angebot ist so lange verbindlich, wie das Verkaufsgespräch dauert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

36. Welche Preisangaben sind für den Verkäufer verbindlich? Kreuzen Sie an, ob die Antworten richtig oder falsch sind.

	r	f
a. Preise in Prospekten und Katalogen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Preisanschriften in Schaufenstern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Preise in Inseraten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Preisabmachungen in Kaufverträgen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

37. Wer eine unbestellte Sendung erhält, muss.....

	r	f
a. sie unfrankiert zurückschicken.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. sie frankiert zurückschicken.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. dem Absender melden, er könne die Sendung zurückholen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. die Sendung weder aufbewahren noch zurückschicken.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

38. Nennen Sie vier Angaben, die eine beweiskräftige Quittung enthalten muss.

39. Wie muss sich der Käufer nach Erhalt der Ware verhalten?

40. Der Verkäufer hat die Pflicht, einwandfreie Ware zu liefern. Welche 3 Möglichkeiten bestehen grundsätzlich für den Käufer, wenn die Ware Mängel aufweist?

41. Wenn der Käufer einen Mangel an der Ware feststellt, muss er diesen beim Verkäufer rügen. Wie lange hat er dazu Zeit?

	r	f
a. 30 Tage	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. unverzüglich / sofort	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. 5 bis 7 Tage	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

42. Ein Kaufvertrag kommt zustande

	r	f
a. bei Annahme des Angebotes	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. bei der Lieferung der Ware	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. bei der Bezahlung der Ware	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

43. Wie nennt man das Schriftstück, das Sie bei Erhalt mangelhafter Ware an den Verkäufer schreiben.

	r	f
a. Offerte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Betreuung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Mängelrüge	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Gesuch	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

44. Welches ist die wichtigste Verpflichtung des Käufers?

	r	f
a. Er muss die Ware schonend behandeln.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Er muss dem Verkäufer den Preis bezahlen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Er muss die Quittung aufbewahren.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Unterrichtsthema 3: Freizeit - Sicherheit - Risiko

Der Verein

45. Sie wollen einen Verein gründen. In welcher Gesetzessammlung finden Sie die rechtlichen Bestimmungen zum Vereinsrecht?

46. Was versteht man unter dem Begriff „Statuten“?

47. Worüber müssen die Statuten eines Vereins zwingend Auskunft geben? Notieren Sie drei Punkte!

4

48. Ordnen Sie die nachfolgenden Funktionen im Verein den unten aufgeführten Aufgaben zu: Aktuar/in, Kassier/in, Präsident/in, Revisor/in

4

a. Erledigt den Zahlungsverkehr und die Buchhaltung für den Verein.	
b. Prüft die Buchhaltung und berichtet der Mitgliederversammlung über die Buchführung.	
c. Erledigt die allgemeine Korrespondenz, verfasst Protokolle.	
d. Leitet die Sitzungen und die Mitgliederversammlung gemäss Traktandenliste, repräsentiert den Verein gegen aussen.	

Risikoverhalten / Suchtmittel

49. Jugendliche und junge Erwachsene gehen häufiger Risiken ein als ältere Menschen. Schreiben Sie drei unterschiedliche Arten von Risikoverhalten Jugendlicher und junger Erwachsenen auf!

50. **Ist bei einem Verkehrsunfall ein strafbarer Tatbestand nachgewiesen, kann die Versicherung auf den Unfallverursacher zurückgreifen.**

4

a. **Wie heisst dieses Recht?**

b. **Ordnen Sie die folgenden Begriffe nach Schwere des Verschuldens! Setzen Sie das schwerwiegendste Verschulden an die erste Stelle!**

Begriffe: Eventualvorsatz, leichte Fahrlässigkeit, Vorsatz, Grobfahrlässigkeit, Grobfahrlässigkeit.

51. **Nennen Sie vier Gründe, die das Unfallrisiko im Strassenverkehr erhöhen.**

Versicherungen

52. **Versicherungen sollen vor den materiellen Folgen gewisser Situationen und Lebenslagen wie Unfall, Krankheit, etc. schützen. Schreiben Sie drei obligatorische Versicherungen auf.**

53. **Im Versicherungswesen spielt das Solidaritätsprinzip eine wichtige Rolle. Welche der Aussagen umschreiben das Solidaritätsprinzip?**

	r	f
a. Alle bezahlen in einen grossen Topf ein, damit denjenigen, denen etwas zustösst, geholfen werden kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Gesunde bezahlen für Kranke und Verunfallte, Junge für Alte, Arbeitende für Arbeitslose, etc.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Jedes Mitglied einer Gemeinschaft steht für die anderen Mitglieder ein und umgekehrt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

54. Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung: richtig oder falsch?

	r	f
a. Der Abschluss einer Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung ist für alle Motorfahrzeughalter/innen obligatorisch.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Haftpflichtversicherungen decken nur Sach- aber keine Personenschäden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung zahlt den Hagelschaden an meinem Auto.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

55. Sie missachten die Vortrittsregel im Kreisel und kollidieren mit dem Auto von Leo Gerber. Beide Fahrzeuge sind schrottreif.

a. Wie müssen Sie versichert sein, damit die Versicherung den Schaden an Ihrem Fahrzeug bezahlt?
b. Welche Versicherung bezahlt den Schaden am Fahrzeug von Leo Gerber?
c. Welchen Einfluss hat dieser Unfall auf Ihre künftige Prämienzahlung?
d. In welchem Fall könnte die Versicherung auf Sie Regress nehmen?

56. Die obligatorische Krankenversicherung nach KVG (auch Grundversicherung oder Krankenkasse genannt):

a. Aussagen zur obligatorischen Krankenpflegeversicherung

	r	f
a. Die Leistungen der Grundversicherung sind vom Gesetz vorgegeben und für alle Versicherten gleich.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die Grundversicherung ist für alle Einwohner/innen der Schweiz obligatorisch.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Versicherungsgesellschaft kann einem chronisch kranken Menschen die Aufnahme in die Grundversicherung verweigern, da er zu viele Kosten verursacht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Die Grundversicherung kann unter Einhaltung bestimmter Fristen gewechselt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Die Grundversicherung ist eine Sozialversicherung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Wer mind. 8h/Woche angestellt ist, kann die Unfallversicherung bei der Krankenkasse kündigen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

b. Welche Aussagen zu den Kostenbeiträgen volljähriger Versicherter treffen zu?

	r	f
a. Die Kostenbeiträge der Versicherten heissen Prämie, Franchise und Selbstbehalt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die Prämie für die Grundversicherung ist für alle Versicherten in der Schweiz gleich hoch.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Prämie ist der Kostenbeitrag der Versicherten, der auch zu bezahlen ist, wenn man keine Leistungen bezogen hat.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Die Franchise ist ein Kostenbeitrag, der zwischen CHF 300.- und CHF 2500.- frei wählbar ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Die Franchise bezeichnet den Betrag, den Sie im Krankheitsfall pro Jahr an die Behandlungskosten zu bezahlen haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Versicherte mit einer hohen Franchise erhalten bessere Leistungen beim Arzt und im Spital.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g. Im Krankheitsfall bezahlen Sie zusätzlich zur Franchise 10% des die Franchise übersteigenden Betrages (bis max. 700.- pro Jahr) Den Rest bezahlt die Krankenkasse.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
h. „Selbstbehalt“ bezeichnet die medizinischen Hilfsmittel, die man behalten kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

57. Leistungen der Grundversicherung: Was wird von der Grundversicherung bezahlt?

	r	f
a. Untersuchungen und Pflegemassnahmen beim Arzt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Spitalaufenthalte in der allgemeinen Abteilung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Heilmittel ohne ärztliche Verordnung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Heilungskosten für Skiunfall während eines Betriebsausfluges	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Spitex	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Lohnausfall infolge Krankheit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

58. Die Prämien für die Grundversicherung sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Nennen Sie drei Möglichkeiten, die Ihnen erlauben, Ihre persönliche Prämie zu reduzieren!

59. Erklären Sie den Begriff „Freizügigkeit“ in der Grundversicherung!

60. Nennen Sie zwei Leistungen, die bei einer Krankenkasse mit einer Zusatzversicherung abgedeckt werden können?

61. Die Unfallversicherung: Welche Aussagen stimmen?

	r	f
a. Die Unfallversicherung übernimmt Leistungen bei Berufsunfall, Nichtberufsunfall und Berufskrankheiten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Arbeitgebende müssen ihre Arbeitnehmenden gegen Berufsunfall versichern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Unfallversicherung bezahlt bei voller Arbeitsunfähigkeit ein Taggeld (Lohnersatz), welches 80% des versicherten Lohnes entspricht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Die Prämie für die Berufsunfallversicherung bezahlen die Arbeitnehmenden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Die Prämie für die obligatorische Versicherung der Nichtberufsunfälle gehen zu Lasten der Arbeitnehmenden. Abweichende Vereinbarungen zugunsten der Arbeitnehmenden bleiben vorbehalten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Unterrichtsthema 4: Mensch und Wirtschaft

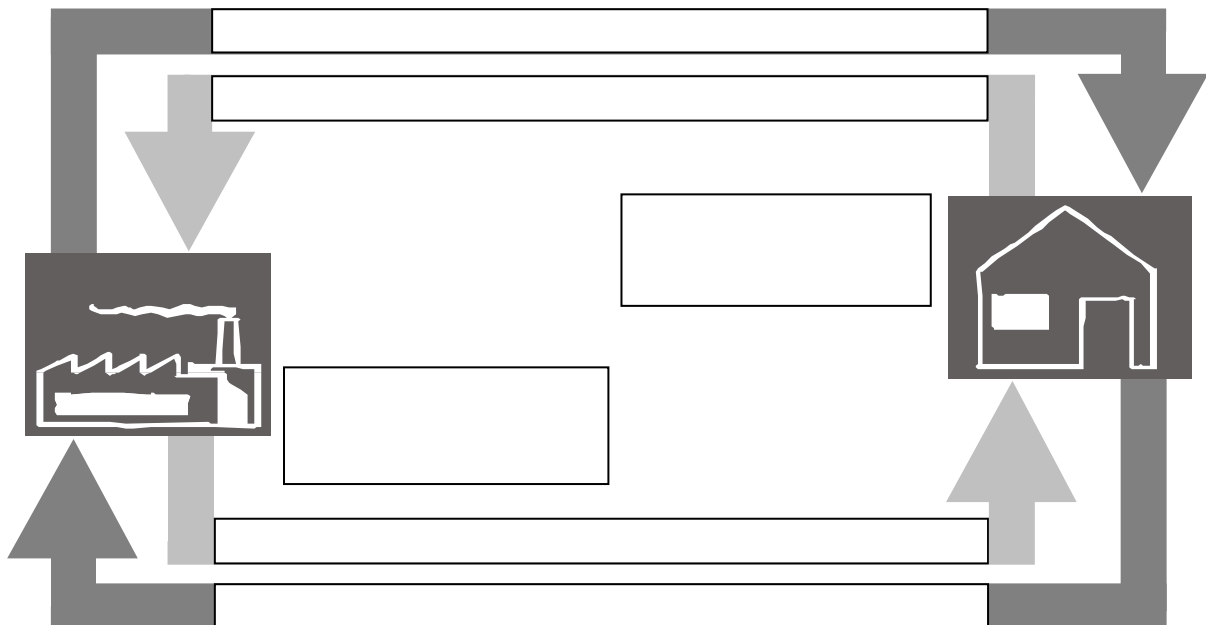
Wirtschaftskreislauf

62. **Bedürfnispyramide nach Maslow: Was versteht Maslow unter dem Bedürfnis „Sicherheit“? Beschreiben Sie in Stichworten und geben Sie zwei konkrete Beispiele dazu.**

Beschreibung	
Beispiele	

63. **Tragen Sie die folgenden Begriffe korrekt in die Rahmen ein:**

Unternehmen, Arbeit/Wissen, Konsumenten, Kapital, Haushalte, Waren und Dienstleistungen, Boden/Umwelt, Löhne, Produzenten, Zinsen, Gewinne, Zahlungen für Waren und Dienstleistungen



64. Aussagen zum Wirtschaftskreislauf:

4

	r	f
a. Die Haushalte stellen den Unternehmen Arbeit, Boden, Kapital und Wissen zur Verfügung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Gemeinden, die Kantone und der Bund zählen zu den öffentlichen Haushalten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Entschädigung für Boden/Umwelt heisst Lohn.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Das Bruttoinlandprodukt wird gemessen, indem man den Wert sämtlicher im Inland hergestellten Güter und Dienstleistungen pro Jahr zusammenzählt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Wenn der Güterstrom kleiner ist als der Geldstrom, dann herrscht Inflation.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Vergleicht man das BIP pro Kopf verschiedener Länder, kann man Rückschlüsse auf den Wohlstand in den einzelnen Ländern ziehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g. Das Wachstum einer Volkswirtschaft wird am BIP gemessen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
h. Die Tätigkeiten der Unternehmen werden in drei Wirtschaftssektoren eingeteilt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
i. In den hochentwickelten Ländern arbeiten im ersten Sektor am meisten Beschäftigte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

65. Um Güter und Dienstleistungen anbieten zu können, braucht es Produktionsfaktoren. Schreiben Sie die drei Produktionsfaktoren auf.

66. Erklären Sie den Begriff „Wohlstand“.

67. Erklären Sie den Begriff „Wohlfahrt“.

68. Richtig oder falsch? Kreuzen Sie an.

	r	f
a. Je mehr materielle Güter der Bevölkerung zur Verfügung stehen, desto höher ist der Wohlstand.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Der Wohlstand kann mit dem Bruttoinlandprodukt pro Kopf gemessen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Wohlfahrt ist eine andere Bezeichnung für Reichtum.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Wohlfahrt ist eine andere Bezeichnung für Lebensqualität.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Der erweiterte Wirtschaftskreislauf

69. Notieren Sie alle Teilnehmer des erweiterten Wirtschaftskreislaufes!

4

70. Wer hat welche Rolle im Wirtschaftskreislauf? Ordnen Sie die Ziffern den entsprechenden Buchstaben zu.

4

- a. Öffentliche Aufträge vergeben und Subventionen bezahlen _____
 - b. Kredite an Private gewähren _____
 - c. Waren herstellen _____
 - d. Die Geldmenge vergrössern oder verkleinern _____
 - e. Arbeit, Boden, Kapital und Wissen zur Verfügung stellen _____
-
- 1. Banken
 - 2. Staat
 - 3. Konsumenten/Haushalte
 - 4. Produzenten/Unternehmen
 - 5. Nationalbank

Markt und Preisbildung

71. In der Marktwirtschaft wird der Preis von Waren und Dienstleistungen über Angebot und Nachfrage gesteuert. Sind die Behauptungen richtig oder falsch?

	r	f
a. Der Markt ist der Ort, wo sich Angebot und Nachfrage treffen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Werbung bezweckt die Steigerung der Nachfrage nach einer Ware.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Das Angebot kann den Preis beeinflussen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Eine steigende Nachfrage bei gleichbleibendem Angebot erhöht den Preis.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Eine Zunahme des Angebotes führt bei gleichbleibender Nachfrage zu einer Erhöhung des Preises.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

72. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Lesen Sie die zwei Fallbeispiele und umrahmen Sie die zutreffenden Begriffe.

	Angebot	Nachfrage	Preis
Die Apfelernte hat noch nicht eingesetzt, doch viele Schweizer möchten heute schon Äpfel konsumieren.	klein/gross	klein/gross	tief/hoch
Die Konsumenten verlieren das Interesse an frischen Schweizer Äpfeln, doch die Lager sind noch fast voll.	klein/gross	klein/gross	tief/hoch

73. Was misst der Landesindex der Konsumentenpreise?

74. Teuerung hat Kaufkraftverlust zur Folge. Erklären Sie den Begriff „Kaufkraftverlust“!

Umwelt, Ressourcen und nachhaltige Entwicklung

75. Was versteht man grundsätzlich unter Nachhaltigkeit? Erklären Sie!

76. Nachhaltigkeit soll innerhalb dreier Aspekte zum Tragen kommen: ökologisch, ökonomisch und sozial. Ordnen Sie folgende Ziele den entsprechenden Aspekten zu:

4

Lebenswerte Gesellschaft für alle, Schaffung von Arbeitsplätzen, schonender Umgang mit natürlicher Umgebung, Artenvielfalt, Schutz der Ressourcen vor Ausbeutung, Klimaschutz, sozialer Ausgleich

Ökologische Nachhaltigkeit	Ökonomische Nachhaltigkeit	Soziale Nachhaltigkeit

77. Kreuzen Sie die zutreffenden Aussagen an!

	r	f
a. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sichert die Bedürfnisbefriedigung der zukünftigen Generationen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die Schweizer Politik fördert eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Ein grosses Problem unserer Zeit stellt die nachhaltige Energieversorgung dar.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Der natürliche Treibhauseffekt wird durch den Menschen verursacht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

78. Fairer Handel (Fair Trade)

4

	r	f
a. Fair Trade ist eine Tochtergesellschaft der WTO.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Mit dem Kauf von Fair Trade-Produkten können Konsumenten zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen in Entwicklungsländern beitragen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Fair Trade ermöglicht den Produzenten verlässlichere und höhere Einkommen, weil sie ihre Produkte zu höheren Preisen als auf dem Weltmarkt absetzen können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

79. Welches der folgenden Labels steht für fairen Handel? Kreuzen Sie an!

4

	r	f
a. Bio-Suisse	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Max Havelaar	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. M-Budget	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Das Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft

80. Die Wirtschaftsordnung der Schweiz ist die soziale Marktwirtschaft.

Ordnen Sie den folgenden Merkmalen die entsprechenden Instrumente zu!

Merkmale	Instrumente
Wettbewerbsgerechtigkeit	
Soziale Sicherheit	
Sicherstellung von Dienstleistungen für kollektive Bedürfnisse	
Verteilung des Volkseinkommens	
Eingriffe in den Markt bei Fehlentwicklungen	
Wirtschaftshilfe für bestimmte Branchen und Regionen	

Instrumente

- a. Steuerprogression: Hohen Einkommen werden prozentual mehr Steuern berechnet als kleinen Einkommen.
- b. Sozialversicherungen: Sie schützen vor den Risiken Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Unfall.
- c. Konsumentenschutz: Der Preisüberwacher interveniert, wenn Preise hoch gehalten werden, weil der Wettbewerb nicht spielt.
- d. Umweltschutz: Der Staat macht Vorschriften, um die natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft zu schützen.
- e. Bildung: Der Besuch der Volksschule ist unentgeltlich und obligatorisch.
- f. Direktzahlungen: Mit Direktzahlungen werden landwirtschaftliche Betriebe unterstützt.

81. Die Rolle des Staates in der sozialen Marktwirtschaft. Welche Aussagen treffen zu?

	r	f
a. Die soziale Marktwirtschaft will die persönliche wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit verbinden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die Wirtschaft funktioniert primär über den Markt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Der Staat plant, welche Konsumgüter produziert werden sollen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Der Staat greift ins Wirtschaftsgeschehen ein, um soziale Spannungen und Fehlentwicklungen zu vermeiden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Der Staat schützt kranke, invalide oder mittellose Menschen durch Sozialversicherungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Der Staat kann Wirtschaftszweige durch Subventionen unterstützen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g. Der Staat garantiert ein Recht auf Arbeit.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

82. Welches sind Massnahmen des Staates zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen?

4

	r	f
a. Erhöhung der Lohnprozente für die AHV	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Gewähren von Stipendien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Erhöhen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Prämienverbilligung für die Krankenkasse	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Unterrichtsthema 5: Staat und Politik

Staatsgewalten und Gewaltentrennung

83. Wie heisst die Regierungsform, in der das Volk Einfluss auf die Regierung nehmen kann?

	r	f
a. Diktatur	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Absolute Monarchie	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Demokratie	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Theokratie	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

84. Gewaltentrennung in einem Staat heisst:

	r	f
a. Es gibt weniger Gewalt im Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Das Volk hat das Gewaltmonopol.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Exekutive, Legislative und Judikative sind voneinander unabhängige Gewalten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

85. Was wird mit der Gewaltentrennung bezweckt?

86. Staatsgewalten auf Bundesebene: Ordnen Sie den Buchstaben die Ziffern zu:

A. Legislative	1. Die Ausführung der Gesetze ist Sache des Bundesrates.
B. Exekutive	2. Gesetze entstehen im Parlament (National- und Ständerat).
C. Judikative	3. Die Rechtsprechung ist Sache des Bundesgerichtes.

87. Staatsgewalten auf Kantonebene: Ordnen Sie den Buchstaben die Ziffern zu:

A. Legislative	1. Das Kantonsgericht / Obergericht
B. Exekutive	2. Der Kantonsrat / der Grosse Rat
C. Judikative	3. Der Regierungsrat / der Staatsrat

88. Die Teil-Autonomie der Kantone, d.h. das Recht, gewisse Aufgaben unabhängig vom Bund lösen zu dürfen, wird im Volk oft als „Kantönligeist“ bezeichnet. Politisch korrekt heisst dieses Organisationsprinzip

89. Welche Aufgaben können die Kantone eigenständig wahrnehmen?

4

	r	f
a. Organisation der Berufsfachschulen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Verträge mit dem nahen Ausland eingehen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Spitaler eröffnen oder schliessen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Übungsplätze für die Schweizer Armee aufheben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Öffentliche Bauten erstellen, z.B. Kunstmuseum	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Polizeikorps vergrössern oder verkleinern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g. Strassenverkehrsgesetzgebung ändern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Abstimmen und wählen

90. Wer ist auf Bundesebene stimm- und wahlberechtigt?

91. Welches der folgenden politischen Rechte steht allen Einwohnern und Einwohnerinnen der Schweiz zu?

	r	f
a. Initiativrecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Petitionsrecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Referendumsrecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Wahlrecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Stimmrecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

92. Innert welcher Frist müssen die Unterschriften für eine Initiative gesammelt werden?

93. Wie viele Unterschriften braucht es für eine Initiative?

	r	f
a. 50'000	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. 100'000	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

94. Aussagen zum Initiativrecht:

	r	f
a. Eine Initiative ist angenommen, wenn das Volk und die Stände zustimmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Mit einer Initiative kann gegen ein beschlossenes Gesetz Einspruch eingelegt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Eine angenommene Initiative bewirkt eine Verfassungsänderung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

95. Innert welcher Frist müssen die Unterschriften für ein fakultatives Referendum gesammelt werden?

96. Wie viele Unterschriften braucht es für ein fakultatives Referendum?

	r	f
a. 50'000	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. 100'000	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

97. Aussagen zum fakultativen Referendumsrecht:

	r	f
a. Ein fakultatives Referendum ist angenommen, wenn das Volk und die Stände zustimmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Mit dem fakultativen Referendum wird über ein vom Parlament beschlossenes Gesetz eine Volksabstimmung erzwungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Das Referendumsrecht wirkt beschleunigend auf das politische Geschehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

98. Notieren Sie die vier wählerstärksten Parteien der Schweiz! (Name und Abkürzung)

99. Parteien von links bis rechts

Im Folgenden sind einige Merkmale und Forderungen aufgeführt, die linke bzw. rechte Haltungen kennzeichnen. Ordnen Sie richtig zu:

	links	rechts
a. Staatliche Eingriffe auf das Notwendigste beschränken!	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Für eine glaubwürdige Landesverteidigung mit einer gut gerüsteten Armee!	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken!	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Es braucht mehr staatliche Eingriffe und Unterstützung zum Schutz der Schwachen!	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Traditionelle gesellschaftliche Werte erhalten und pflegen!	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Umweltschutz soll mehr vom Staat gefördert werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g. Steuern und Abgaben senken!	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
h. Es braucht harte Massnahmen, um die Zuwanderung zu begrenzen!	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

100. Neben den Parteien sind auch Verbände wichtige Interessenvertretungen in der Politik. Nennen Sie drei grosse schweizerische Verbände!

4

101. Aussagen zum Nationalrat:

	r	f
a. Im Nationalrat sitzen 246 Parlamentarier und Parlamentarierinnen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Um eine Fraktion zu bilden, benötigt man mindestens fünf Mitglieder.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Sitzungen nennt man Sessionen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Die Hauptaufgabe ist Recht durchzusetzen und zu regieren.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

102. Jeder Kanton hat eine unterschiedliche Anzahl Sitze im Nationalrat zugute. Auf der Basis welcher Grösse werden den Kantonen die Anzahl Sitze im Nationalrat zugesprochen?

103. Aussagen zum Ständerat:

	r	f
a. Im Ständerat sitzen 46 Parlamentarier.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die Mitglieder werden meistens nach dem Majorzwahlverfahren gewählt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Hat mehr Gewicht bei der Gesetzgebung als der Nationalrat.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Bevölkerungsreiche Kantone haben mehr Mitglieder als kleiner Kantone.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

104. Die gemeinsame Sitzung von Nationalrat und Ständerat heisst:

105. Wer wählt den Bundesrat?

106. Panaschieren und kumulieren: Ordnen Sie den Buchstaben die Ziffern zu!

a. Panaschieren bedeutet:	<p>1. Ich streiche auf dem Wahlzettel einen oder mehrere Kandidierende und setze an deren Stelle handschriftlich einen oder mehrere Kandidierende anderer Listen (Parteien).</p> <p>2. Ich schreibe einen Kandidaten/eine Kandidatin zweimal auf den Wahlzettel.</p>
b. Kumulieren bedeutet:	

107. Aussagen zum Majorz-Wahlverfahren:

	r	f
a. Wer das absolute Mehr erreicht, ist gewählt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Parlamente werden in der Regel nach dem Majorz-Wahlverfahren gewählt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Regierungen werden in der Regel nach dem Majorz-Wahlverfahren gewählt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Majorzwahl heisst Mehrheitswahl.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

108. Aussagen zum Proporz-Wahlverfahren

	r	f
a. Proporzwahl heisst Mehrheitswahl.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die zu vergebenden Sitze werden im Verhältnis zum Wähleranteil der Parteien verteilt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Mit der Proporzwahl haben kleine Parteien bessere Chancen als mit der Majorzwahl.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Der Nationalrat wird in der Regel nach dem Proporz-Wahlverfahren gewählt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Steuern

109. Wie jede Privatperson oder Unternehmung benötigt der Staat Einnahmen, um seine Aufgaben erfüllen zu können.

Nennen Sie vier Bereiche, bei welchen die Bevölkerung respektive Bevölkerungsgruppen von Steuergeldern(Dienstleistungen des Staates) profitieren können.

110. Lesen Sie den Text und streichen Sie die falschen Begriffe durch!

In der Schweiz haben Bund, Kantone und Gemeinden das Recht Steuern zu erheben. Dies nennt man **Steuerhoheit / Steuerfreiheit**. Direkte Steuern sind Steuern auf Einkommen und **Gewinnen / Vermögen** natürlicher Personen. Dabei müssen Personen mit hohen Einkommen prozentual **weniger / mehr** Steuern bezahlen als jene mit tieferen Einkommen. Im Gegensatz dazu nehmen die **indirekten / direkten** Steuern keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation der Steuerpflichtigen.

111. Ordnen Sie Steuerarten bzw. Steuerform korrekt zu.

	Direkte Steuer	Indirekte Steuer
a. Mehrwertsteuer (MWSt)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Einkommenssteuer gemäss Steuererklärung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Vermögenssteuer	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Motorfahrzeugsteuer	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

112. Unter Steuerprogression versteht man:

	r	f
a. Die steuerliche Entlastung von Familien durch erhöhte Abzüge.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Steigende Steuersätze mit zunehmendem Einkommen und Vermögen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Höhere Steuereinnahmen beim Verkauf von Luxusprodukten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

113. Was trifft auf die indirekten Steuern zu?

	r	f
a. Indirekte Steuern werden nach Konsum, Besitz und Aufwand erhoben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Das steuerpflichtige Einkommen spielt bei der Berechnung eine Rolle.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Sie werden aufgrund der Steuererklärung erhoben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Eine der wichtigsten indirekten Steuern ist die Mehrwertsteuer.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

114. Die Steuererklärung

In der Steuererklärung werden Angaben verlangt

	r	f
a. zu den Personalien wie Zivilstand, Anzahl der Kinder, u.a.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. zur Parteizugehörigkeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. zu den Einkünften	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. zu den Berufsauslagen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. zu einer Vereinszugehörigkeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. zum Vermögen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g. zur Konfession	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

115. Welche Kosten kann man ganz oder teilweise vom Einkommen abziehen?

	r	f
a. Krankenkassenprämien für die Grundversicherung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Auslagen für Ferienreisen in der Schweiz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Leasingrate für Privatauto	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Arbeitsweg und auswärtige Verpflegung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Beiträge an die Säule 3a	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Kauf von Möbeln	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

116. Was passiert, wenn man die Steuererklärung auch nach mehrmaliger Mahnung und Busse nicht einreicht?

117. Aussagen zur Verrechnungssteuer

	r	f
a. Die Verrechnungssteuer ist ein Instrument zur Eindämmung von Steuerhinterziehung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die vom Sparzins abgezogene Verrechnungssteuer erhält der Sparer nicht mehr zurück; sie wird als indirekte Steuer eingezogen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Bank überweist dem Bund 35% des Sparguthabens. Wenn der Sparer in der Steuererklärung alle Einkünfte wahrheitsgetreu aufführt, wird ihm die Verrechnungssteuer zurückerstattet.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Unterrichtsthema 6: Globale Herausforderungen

Europäische Union und europäische Integration

118. Aussagen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit

	r	f
a. Der Markt innerhalb der Grenzen der EU (Binnenmarkt) ist nach einheitlichen Regeln organisiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Der Binnenmarkt stützt sich auf 4 Grundfreiheiten (freier Personen-, Kapital-, Güter-, und Dienstleistungsverkehr).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Regeln des Binnenmarktes sind Empfehlungen und nicht verbindlich für die Mitgliedsländer.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Innerhalb des Binnenmarktes sind die Zölle abgeschafft.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Alle EU-Staaten müssen sich der Währungsunion anschliessen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

119. Aussagen zur gemeinsamen Aussen – und Sicherheitspolitik

	r	f
a. Die EU tritt gegen aussen sehr stark und geeint auf.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die EU verfügt über keine eigene Armee.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

120. Aussagen zur Innen- und Rechtspolitik

	r	f
a. Mit dem Schengen-Abkommen wurden die systematischen Grenzkontrollen innerhalb der EU abgeschafft.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Mit dem Schengen-Abkommen wurde das EU-Bürgerrecht geschaffen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Bürger/innen der Mitgliedsländer der EU sind auch EU-Bürger/innen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Das Dublin-Abkommen regelt das Asylrecht innerhalb der EU.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Das Dublin-Abkommen will verhindern, dass Asylsuchende in mehreren Ländern der EU einen Asylantrag stellen können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

121. Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Aus diesem Grund hat die Schweiz ein grosses Interesse die Zusammenarbeit mit der EU in verschiedenen Bereichen zu regeln. Wie nennt man das Vertragswerk zwischen der Schweiz und der EU?

122. Aussagen zu einzelnen Abkommen Schweiz – EU

	r	f
a. Das Personenfreizügigkeitsabkommen erlaubt EU-Bürger/innen (unter gewissen Voraussetzungen) in der Schweiz zu arbeiten und sich hier niederzulassen. Dasselbe gilt umgekehrt für Schweizer Bürger/innen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Seit Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsabkommen hat die Schweiz eine hohe Zuwanderung an schwedischen Staatsbürger/innen zu verzeichnen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Schweiz ist Mitglied des Schengen-Raums.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Die Schweiz verzichtet auf systematische Personenkontrollen an der Grenze.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Das Dublin-Abkommen ermöglicht der Schweiz zu erkennen, ob ein Asylsuchender in einem EU-Land bereits ein Asylgesuch gestellt hat.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Internationale Organisationen

123. Vereinte Nationen: Die UNO ist die einzige umfassende Organisation sämtlicher anerkannter Staaten der Welt (ausser dem Vatikan). Sie vertritt praktisch die ganze Weltbevölkerung. Nennen Sie zwei Ziele der UNO!

124. Aussagen zur UNO:

	r	f
a. Die Beschlüsse der Generalversammlung sind für alle Mitgliedstaaten bindend.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die Beschlüsse des Sicherheitsrates sind für alle Mitgliedstaaten bindend.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Im Sicherheitsrat haben die fünf ständigen Mitglieder ein Vetorecht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Das Hauptziel der UNO ist, den Welthandel zu fördern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

125. Welthandelsorganisation WTO: Welches ist das Ziel der WTO?

	r	f
a. Den Hunger in der Welt bekämpfen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Weltweit Bildungsmöglichkeiten für alle schaffen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Einheitliche Regeln im Welthandel schaffen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

126. In welchen Organisationen ist die Schweiz Mitglied? Kreuzen Sie an.

	r	f
a. UNO	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. NATO	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. EU	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. WTO	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

127. IKRK: Welches ist das Hauptziel des Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK)?

128. Nennen Sie eine Nichtregierungsorganisation, die sich für politische Gefangene und gegen Menschenrechtsverletzungen einsetzt!

129. Erklären Sie den Begriff „Non-Profit-Organisation“!

Globalisierung

130. Welche der folgenden Behauptungen sind richtig? Kreuzen Sie an.

	r	f
a. Unter Globalisierung versteht man die weltweite Angleichung der Zolltarife.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die Schweiz als neutraler Staat ist von der Globalisierung nicht stark betroffen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Eines der Merkmale der Globalisierung ist die enorme Zunahme des grenzüberschreitenden Warenhandels.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Die Arbeitnehmenden sind von Globalisierungsprozessen wenig betroffen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Die Vermischung verschiedener Kulturen nimmt zu.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

131. Im Zuge der Globalisierung entstanden grosse Handelsblöcke. Nennen Sie zwei!

4

132. Der grenzüberschreitende Handel ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Notieren Sie zwei Gründe, die diese Zunahme begünstigt hat.

4

133. Nennen Sie zwei Gründe, warum der internationale Handel für die Schweiz wichtig ist.

Auswirkungen der Globalisierung

134. Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Schweiz? Zählen Sie zwei Auswirkungen auf.

135. Nennen Sie drei weltweit drängende Umweltprobleme.

136. Im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie spricht man vom „ökologischen Fussabdruck“. Beschreiben Sie, was man darunter versteht!

4

137. Auf welchen drei Kontinenten ist der ökologische Fussabdruck deutlich zu hoch?

4

138. Welche Folgen ergeben sich aus dem von Menschen verursachten Klimawandel? Schreiben Sie drei auf?

Unterrichtsthema 7: Partnerschaft und Gesellschaft

Zusammenleben in Konkubinat und Ehe

139. Was versteht man unter dem Begriff „Konkubinat“?

140. Da in einem Konkubinat rechtlich wenig geregelt ist, ist es ratsam, zu wichtigen Lebensbereichen in guten Zeiten Abmachungen zu treffen. Diese können in einem Konkubinatsvertrag festgehalten werden. Beschreiben Sie drei Punkte, die in einem Konkubinatsvertrag geregelt werden sollten.

141. Wer darf eine Ehe eingehen (Ehevoraussetzungen)?

142. Wird nichts anderes vereinbart, gilt in der Ehe folgender Güterstand:

143. Wie heissen die beiden anderen Güterstände?

144. Eigengut oder Errungenschaft im ordentlichen Güterstand? Kreuzen Sie an!

	Eigengut	Errungen- schaft
a. Gegenstände, die ausschliesslich dem persönlichen Gebrauch eines Ehepartners dienen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b. Erträge des Eigengutes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c. Arbeitserwerb (Lohn)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d. Erbschaften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e. Sozialleistungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f. Aus dem Arbeitserwerb (Lohn) gebildete Ersparnisse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

145. Aussagen zum Eherecht: Kreuzen Sie an!

	r	f
a. Die Ehegatten bestimmen gemeinsam den ehelichen Wohnsitz.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Das ZGB hält fest, dass es eine gesetzlich vorgeschriebene Rollenteilung gibt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Die Ehegatten verpflichten sich einander beizustehen und für Erziehung und Unterhalt der Kinder zu sorgen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Die Ehefrau wird Bürgerin am Bürgerort des Mannes und verliert ihr bisheriges Bürgerrecht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Scheidungsrecht

146. Aussagen zum Scheidungsrecht: Richtig oder falsch?

	r	f
a. Bei einer Scheidung beurteilt das Gericht, wer schuld ist, dass die Ehe auseinandergebrochen ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Ein Scheidungsgrund liegt vor, wenn ein gemeinsames Scheidungsbegehren eingereicht wird.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Eine Ehe wird spätestens nach zwei Jahren geschieden, auch wenn nur ein Ehepartner ein Scheidungsbegehren eingereicht hat.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Getrenntlebende Ehepartner gelten rechtlich als geschieden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Die Kinder werden nicht angehört, ob sie bei der Mutter oder beim Vater bleiben wollen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Das während der Dauer der Ehe angesparte Pensionskassenkapital der beiden Ehepartner wird bei einer Scheidung je hälftig aufgeteilt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Erbrecht

147. Herr Müller stirbt. Er hinterlässt seine Freundin, seine Eltern und seine von ihm geschiedene Frau. Es ist kein Testament vorhanden. Wer erbt von Gesetzes wegen?

4

148. Mit einem Testament kann man gesetzliche Erben auf den Pflichtteil setzen. Was versteht man unter dem Pflichtteil?

4

	r	f
a. Den Teil des Erbes, den der Erblasser testamentarisch den gesetzlichen Erben wegnehmen kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Den Teil des Erbes, den die Erben dem Staat als Erbschaftssteuer abliefern müssen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Den Teil des Erbes, auf den die Erben unbedingten gesetzlichen Anspruch haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Migration

149. Erklären Sie den Begriff „Migration“!

150. Viele Gründe bewegen Menschen dazu, ihr Heimatland zu verlassen. Man unterscheidet dabei Push- und Pull-Faktoren (Schub- und Sogfaktoren)

a. Nennen Sie zwei Push-Faktoren, die Menschen aus ihrem ursprünglichen Gebiet „wegdrücken“:

b. Nennen Sie zwei Pull-Faktoren, die Menschen von einem anderen Gebiet „anziehen“:

151. Warum gehört die Schweiz zu den Staaten mit einem sehr hohen Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung? Nennen Sie zwei Gründe!

4

152. Aus welchen Herkunftsregionen stammt der grösste Teil der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz?

4

	r	f
a. EU-Länder wie Italien, Deutschland, Portugal, Spanien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Ex-Jugoslawien (Serbien, Kosovo, Montenegro, Mazedonien, Kroatien und Bosnien) Süd-Ost-Balkan	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Afrikanische Staaten wie Eritrea, Nigeria, Somalia, Sudan	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Länder des Mittleren Ostens wie Iran, Irak, Syrien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Unterrichtsthema 8: Berufliche Zukunft planen

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung

153. Zählen Sie zwei Möglichkeiten auf, wie Sie sich nach Abschluss der Lehre weiterbilden und für den Arbeitsmarkt fit halten können.

154. Nennen Sie drei sinnvolle und realistische Möglichkeiten, wie Sie eine finanziell und zeitlich anspruchsvolle Weiterbildung finanzieren können!

Wichtige rechtliche Formen von Arbeitsverhältnissen

155. Der grösste Teil der Arbeitsverhältnisse untersteht einem Einzelarbeitsvertrag und/oder einem Gesamtarbeitsvertrag. Ergänzen Sie die Tabelle mit den geforderten Informationen!

	Einzelarbeitsvertrag	Gesamtarbeitsvertrag
Wer sind die Vertragsparteien?		
Gesetzliche Formvorschriften		

156. Gesamtarbeitsverträge sind politisch und volkswirtschaftlich wichtig, da sie dem Erhalt des Arbeitsfriedens dienen. Was versteht man unter „Arbeitsfrieden“?

Rechte und Pflichten nach Einzelarbeitsvertrag (OR)

157. In welchen Bundesgesetzen und anderen rechtlichen Normen schlagen Sie nach, wenn Sie arbeitsrechtliche Probleme haben?

	r	f
a. Obligationenrecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Konsumkreditgesetz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Arbeitsgesetz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Gesamtarbeitsvertrag Ihrer Branche	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

158. Welche Behauptung in Bezug auf einen mündlich abgeschlossenen Arbeitsvertrag ist richtig?

	r	f
a. Es ist rechtlich gesehen gar kein Arbeitsvertrag.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Es ist keine Kündigungsfrist einzuhalten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Es gibt keine Probezeit.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Die Ferienansprüche gemäss OR müssen gewährt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

159. Art. 334 OR erklärt den ersten Monat eines Arbeitsverhältnisses als Probezeit. Welchen Sinn hat diese Probezeit?

160. Nennen Sie zwei Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, wenn Arbeitnehmende zu Überstunden verpflichtet werden!

161. Wie müssen Überstunden nach Gesetz entschädigt werden?

162. Der Arbeitgeber muss den Arbeitnehmenden eine Lohnabrechnung zustellen. Welche Sozialversicherungsabzüge müssen zwingend gemacht werden und aufgeführt sein?

	r	f
a. Krankentaggeldversicherung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Alters- und Hinterlassenenversicherung und Invalidenversicherung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Arbeitslosenversicherung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Erwerbssersatzordnung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Rechtsschutzversicherung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Unfallversicherung (Nichtberufsunfallversicherung)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

163. Was versteht man unter „Schwarzarbeit“?

164. Ferien: Welche Aussagen stimmen?

	r	f
a. 17-jährige Arbeitnehmende haben 4 Wochen Ferien.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. 21-jährige Arbeitnehmende haben mindestens 4 Wochen Ferien.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Erkrankten Arbeitnehmende in den Ferien, können sie die verlorenen Ferientage nachbeziehen, wenn die Krankheit durch ein Arztzeugnis belegt ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Arbeitnehmende können die Ferien von sich aus festlegen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Wenigstens zwei Wochen der Ferien müssen zusammenhängend gewährt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Ferien dienen der Erholung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g. Auf Verlangen der Arbeitnehmenden kann anstelle von Ferien auch der Lohn ausbezahlt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

165. Für Arbeitnehmende besteht eine gesetzliche Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber.

Welche der folgenden Aussagen verletzen die Treuepflicht?

Irene wohnt in Oftringen und arbeitet 100% in einem Coiffeursaloon an ihrem Wohnort:.	r	f
a. Sie verbringt die Ferien in einem kleinen Dorf auf Sizilien und schneidet dort zu bescheidenem Preis die Haare einiger Dorfbewohner.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Sie hat zu Hause einen einfachen Salon eingerichtet und frisiert in ihrer Freizeit zu einem reduzierten Preis ihre Kollegen und Kolleginnen neu.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Sie hilft gegen Lohn am Sonntagmittag in der Pizzeria ihrer Eltern aus.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Sie will sich selbständig machen und kopiert die Kundenkartei ihres Arbeitgebers, um für ihr neues Geschäft gezielt Werbung zu machen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

166. Für welche Schäden haften Arbeitnehmende nach Gesetz?

167. Arbeitnehmende können vom Arbeitgeber ein Arbeitszeugnis oder eine Arbeitsbestätigung verlangen. Welches ist der grundlegende Unterschied zwischen einem Arbeitszeugnis und einer Arbeitsbestätigung?

168. Aussagen zur Kündigung

	r	f
a. Eine Kündigung muss auf Verlangen begründet werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Eine fristlose Kündigung ist möglich, wenn das Arbeitsverhältnis nach Treu und Glauben nicht fortgesetzt werden kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Das Kündigungsschreiben muss am letzten Tag vor Beginn der Kündigungsfrist im Besitz des Arbeitgebers sein.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Es genügt, wenn das Kündigungsschreiben den Poststempel des letzten Tages vor Beginn der Kündigungsfrist trägt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. In der Regel wird auf Ende Monat gekündigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Die Kündigungsfristen sind im Arbeitsvertrag, im OR oder im GAV nachzulesen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g. Wird bei einer Kündigung die Frist nicht eingehalten, ist die Kündigung nichtig.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Bedeutung und Funktion der Sozialwerke

169. Das schweizerische Vorsorgemodell nennt man auch das 3-Säulen-Konzept der Vorsorge. Ordnen Sie den nachfolgenden Begriffen bzw. Aussagen die korrekte Säule zu:

1 = erste Säule, 2 = zweite Säule, 3=dritte Säule

	Säule
a. Berufliche Vorsorge	
b. Staatliche Vorsorge	
c. Private Vorsorge	
d. AHV	
e. Lebensversicherungen	
f. Sicherung der gewohnten Lebenshaltung im Alter	
g. Kauf eines Eigenheims (gebundene Vorsorge)	
h. Pensionskasse	
i. Für alle arbeitenden Personen ab 1. Januar ab erfüllten 17. Lebensjahr obligatorisch	
j. Deren Beiträge werden in der Regel vom Arbeitgeber nicht mitgetragen.	

170. Aussagen zu den Sozialwerken der Schweiz:

	r	f
a. Die Invalidenversicherung finanziert Massnahmen, damit sich jemand wieder ins Erwerbsleben eingliedern kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Die Arbeitslosenversicherung erbringt nur Leistungen bei Arbeitslosigkeit.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Frauen leisten keine Abgaben für die Erwerbersatzordnung, da sie keinen obligatorischen Militär- oder Zivildienst absolvieren müssen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Das Finanzierungssystem der AHV nennt man „Umlageverfahren“.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Jeder Arbeitnehmer muss Pensionskassenbeiträge bezahlen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Anspruch auf eine volle AHV-Rente haben nur die Erwerbstätigen, die keine Beitragslücken aufweisen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g. Die Versicherungsprämien für AHV/IV/EO/ALV werden von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden bezahlt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Unterrichtsthema 9: Selbstständig leben

Finanzielle Möglichkeiten und Wohnformen

171. Nennen Sie je einen Vor- und einen Nachteil der folgenden Wohnformen:

„Hotel Mama“ (bei den Eltern/einem Elternteil wohnen)

+ _____
- _____

Alleine wohnen

+ _____
- _____

Wohngemeinschaft

+.. _____
- _____

172. Welche Faustregel gilt bezüglich der Höhe der Wohnkosten gemessen am Einkommen?

Wesentliche Grundlagen des Mietrechts

173. Aussagen zum Mietvertrag

	r	f
a. Ein Mietvertrag muss schriftlich abgeschlossen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Der Vermieter hat das Recht eine Kautions in der vierfachen Höhe der Miete zu verlangen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Der Mietvertrag muss jedem Ehepartner einzeln zugestellt werden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Der Mietvertrag muss schriftlich gekündigt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

174. Nennen Sie zwei Pflichten des Vermieters!

175. **Nennen Sie zwei Pflichten des Mieters!**

176. **Wofür haftet der Mieter?**

	r	f
a. Für Schäden infolge unsorgfältiger Behandlung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b. Für Schäden infolge normaler Abnutzung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c. Für absichtlich verursachte Schäden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d. Für die Folgen von nicht gemeldeten Schäden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

177. **Welche Nebenkosten muss der Mieter dem Vermieter bezahlen?**

	r	f
a. Energiekosten für Heizung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b. Hauswartkosten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c. Hypothekarzins	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d. Stromkosten für allgemeine Beleuchtung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e. Kaminfeger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f. Ersatz einer Waschmaschine	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

178. **Wer ist zuständig für folgende Aufgaben in einer Mietwohnung? Kreuzen Sie an!**

	Mieter	Vermieter
a. Heizkörper ersetzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b. Glühbirnen austauschen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c. Wasserhahndichtung wechseln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d. Miet-Kautions bezahlen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e. Mietvertrag ausstellen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f. Zerbrochene Zahnputzgläser ersetzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
g. Ablauf des Spültroges reinigen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

179. **Mitten im Winter fällt die Heizung aus und es wird empfindlich kalt in der Wohnung. Der Mieter meldet diesen schweren Mangel dem Vermieter. Dieser unternimmt nichts. Welche gesetzlichen Möglichkeiten hat der Mieter? Schreiben Sie zwei auf.**

180. **Kündigung und Mietzinserhöhung**

	r	f
a. Die Kündigung durch den Vermieter muss mit einem amtlichen Formular erfolgen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b. Mietzinserhöhungen gelten ab dem folgenden Monat nach Erhalt der Ankündigung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c. Hypothekarzinserhöhungen haben meistens Mietzinssenkungen zur Folge.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d. Im Gegensatz zum Vermieter kann der Mieter auch mündlich kündigen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e. Die Kündigung des Mietvertrags (Wohnung) per 31. März 20XX trifft am 03. Januar 20XX beim Vermieter ein. Diese Kündigung ist grundsätzlich ungültig, weil die Kündigungsfrist nicht eingehalten wurde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f. Eine Mietzinserhöhung, die auf normalem Briefpapier angekündigt wird, ist ungültig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
g. Will der Vermieter einem Ehepaar kündigen, schickt er die Kündigung mit einem amtlichen Formular rechtzeitig und eingeschrieben dem Ehemann.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

181. Nennen Sie eine Bedingung, die erfüllt sein muss, damit man vorzeitig - ohne Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist - aus dem Mietvertrag „aussteigen“ kann!

Privathaftpflicht- und Hausratversicherung

182. Welche zwei nicht obligatorischen Versicherungen sollten Sie sinnvoller Weise abschliessen, wenn Sie eine Wohnung mieten?

183. Was versteht man unter Privathaftpflicht? Erklären Sie an einem konkreten Beispiel aus Ihrem Alltag!

184. Um für Schäden haftpflichtig zu werden, muss ein Verschulden vorliegen. In einigen Fällen wird man aber auch haftpflichtig ohne Verschulden. Dies nennt man Kausalhaftung.

Nennen Sie zwei Fälle von Kausalhaftung!

185. Versicherungstechnische Fachbegriffe: Welche Definitionen sind korrekt?

	r	f
a. Neuwert		
Im Falle eines Verlusts der Sache ersetzt mir die Versicherung die Sache zum aktuellen Marktpreis.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Im Falle eines Verlusts der Sache ersetzt mir die Versicherung die Sache zum Marktpreis zur Zeit der Anschaffung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b. Zeitwert		
Als Zeitwert wird der Betrag bezeichnet, der für die Neuanschaffung oder die Wiederherstellung einer gleichartigen Sache erforderlich ist, abzüglich der Wertminderung infolge von Abnutzung, Alter oder anderen Gründen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c. Prämie		
Die Prämie ist der Preis, den der Versicherungsnehmer dafür entrichtet, dass der Versicherer im Schadenfall die vereinbarten Leistungen erbringt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unter Prämie versteht man eine Gutschrift der Versicherer, wenn man keine Versicherungsleistungen beansprucht hat.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Versicherungssumme		
Die Versicherungssumme richtet sich bei Sachversicherungen nach dem Wert der Sache. Es ist die in der Versicherungspolice festgehaltene Summe, die im Maximum ausbezahlt wird, wenn ein Schadenfall eintritt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Versicherungssumme hat keinen Einfluss auf die Höhe der Prämien.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Eine Unterversicherung, z.B. beim Hausrat, liegt vor, wenn die Versicherungssumme tiefer liegt als der Wert des gesamten Hausrates. Der Versicherer kann seine Leistung im Schadensfall kürzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e. Regress		
Wer eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen hat, braucht keinen Regress zu bezahlen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wenn ein Versicherter grobfahrlässig einen Schaden verursacht, begleicht seine Versicherung den Schaden, fordert aber einen Teil des Betrages vom Versicherten zurück.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f. Selbstbehalt		
Bei vielen Versicherungen trägt der Versicherte einen Teil des Schadens selbst. Mit einem Selbstbehalt soll vermieden werden, dass viele Kleinschäden angemeldet werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bei Schäden über CHF 1 000.- muss kein Selbstbehalt bezahlt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>